

Zürich & Region



Corinne Thomet Sie büsst Eltern und kürzt Lehrern den Lohn. Das macht sie zur eisernen Lady der Zürcher Schulen. 21

Trinkgewohnheiten Warum Politiker privat zwar Wein trinken dürfen, aber öffentlich Wasser predigen sollten. Von René Donzé

Der Rausch und die Politik

Es geschah spätmittags in einem Zürcher Restaurant. Die Wahlfeier lag in den letzten Zügen, die Feiernenden waren erschöpft. Ein frisch Gewählter mit gläsernen Augen und schwerer Zunge fuchtelte unkontrolliert in der Gegend herum und schmiss ein Weinglas zu Boden, wo es klirrend zersprang. Andere lachten. Anwesende Journalisten auch. Es war klar, dass darüber nie eine Zeile in der Zeitung stehen würde.

Angesäuselte Politiker sind so normal, dass sich niemand darüber wundert, geschweige denn darüber schreibt. So soll es unter Bundeshaus-Journalisten ein «Gentleman's Agreement» gegeben haben, nichts über den grossen Weissweinkonsum von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zu schreiben. Was in Frankreich die sexuellen Eskapaden der Mächtigen, sind hierzulande deren Trinkgewohnheiten: Privatsache.

Das Schmiermittel der Politik

Trinkende Politiker sind nicht nur normal, Alkohol scheint geradezu das Schmiermittel der Schweizer Politik zu sein. Und manchmal wird auch etwas zu stark geschmiert, da kräht kein Hahn danach. Der Griff zum Glas ist für

Exekutivpolitiker, die in ihrer Arbeit ersaufen, naheliegend. An gesellschaftlichen Anlässen steht der Wein zuvorderst auf dem Apéro-Buffer, Anstossen wird erwartet.

So lässt sich regelmässig beobachten, wie die Zungen der Zürcher Gemeinderäte nach der Abendessenspause deutlich lockerer sind als am Nachmittag. Von einem Alt-Stadtrat geht die Rede, er sei jeweils stark erheitert zur zweiten Sitzung im Rathaus erschienen. Von einem ehemaligen Regierungsrat ist bekannt, dass er oft und gern dem Alkohol zusprach. Und wenn der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) in angeheitertem Zustand auf der Bühne ein zotiges Lied über Alt-Bundesrat Christoph Blocher (SVP) anstimmt, dann wird das lächelnd zur Kenntnis genommen.

Zum Thema wird das Problem erst, wenn es zum Unfall oder zur Katastrophe kommt. So krachte der Tessiner CVP-Ständerat Filippo Lombardi angetrunken auf der A3 bei Horgen in ein anderes Auto und musste seinen Führerausweis abgeben. Alt-Ständerat Jean-Claude Cornu (FDP) wurde mit 1,65 Promille erwischt. Der Jung-SVPler Erich J. Hess prallte mit 0,9 Promille

frontal in ein entgegenkommendes Auto. Und beim österreichischen Politiker Jörg Haider wurden nach dessen Unfalltod 1,8 Promille im Blut gemessen.

In der Regel aber wird der Alkoholkonsum der Politiker nicht nur akzeptiert, oft wird er von ihnen geradezu zelebriert. So kürt der Kantonsrat jedes Jahr einen eigenen Wein. Magistraten eröffnen mit schwungvollen Schlägen feucht-fröhliche Oktoberfeste, wie etwa Zürichs Alt-Stadtrat Elmar Ledergerber (SP) und Winterthurs Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP). Auch dem Zürcher Statthalter Hartmuth Attenhofer (SP) kam diese Ehre schon zu. Solche Politiker sind ein schlechtes Vorbild.

Besser den Mund halten

Wenn sie dann noch in den Medien die Vorzüge des Alkohols loben, wird es vollends gefährlich. So sagte Hartmuth Attenhofer, der auch Generalsekretär der Gesellschaft zur Förderung der Biervielfalt ist, letztes Jahr im TA: «Biertrinker sind gemütlichere Menschen. Bier enthält Vitamin B. Das beruhigt - und macht klug.» Und unlängst liess sich der Winterthurer Sozialvorsteher Nicolas Galladé (SP) im Landboten

mit der Aussage zitieren: «Ein Rausch hat auch seine positiven Seiten.» Manch eine kreative Idee entstehe nicht im Sitzungszimmer, sondern in lockerer Runde bei einem Bier. Und auf dem Bild zeigt er sich mit Bierbecher in der Hand im Fussballstadion.

Natürlich will niemand einem Politiker sein Feierabend-Bierchen oder Glas Wein zum feinen Essen verargen. Doch sollten sich ein Stadtrat, ein Gemeinderat, ein Bundesrat stets seiner Verantwortung und Vorbildfunktion bewusst sein: Erstens Mass halten beim Trinken und zweitens Wasser predigen. Es wirkt unglaubwürdig, wenn Kantonsräte, die öffentlich öfters über den Durst trinken, die schädigende Wirkung des Alkohols thematisieren. Und es mutet seltsam an, wenn ein Stadtrat, dem Suchthilfe und Prävention unterstehen, ein Hohelied auf die positiven Seiten eines Rausches singt. Das ist verharmlosend und geradezu zynisch angesichts der Zehntausenden von alkoholkranken Menschen in der Schweiz und der rund 3500 Todesopfer, die der Alkoholkonsum hierzulande jedes Jahr direkt fordert. Von den Familiendramen ganz zu schweigen, die sich in Alkoholikerfamilien abspielen.



«Ein Prosit der Gemütlichkeit»: Zürichs Finanzvorstand Martin Vollenwyder (rechts) mit Wirt Fred Tschanz am Zürcher Oktoberfest. Foto: Beat Marti

Uto Kulm: Mit Ketten und Blockaden den Abbruch verhindern

Der Uetliberg-Verein will verhindern, dass Giusep Fry seine Bauten abbrechen muss. Kritik setzt es nun für Baudirektor Markus Kägi ab - aus der eigenen Partei.

Von Stefan Häne

Zürich/Stallikon - Es ist die Ankündigung zivilen Ungehorsams: 100 Mitglieder des Uetliberg-Vereins haben an ihrer Versammlung der vergangenen Woche «Kampfmassnahmen» in Aussicht gestellt, falls Tatsache werden sollte, was die Gemeinde Stallikon aufgrund eines Bundesgerichtsurteils verfügt hat: dass Uto-Kulm-Hotelier Giusep Fry seine illegal erstellten Bauten abbrechen muss, also den Wintergarten auf der Südterrasse und die Verglasung der Rondoterrasse (TA vom 27. Mai).

«Wir müssen uns mit aller Kraft wehren», sagt Roger Liebi, Präsident des Uetliberg-Vereins und der Stadtzürcher SVP. Denkbar sei, mit Menschenketten oder Sitzblockaden den Baggern den

Weg zu versperren. Eine weitere Option: sich in Greenpeace-Manier ans Hotel Uto Kulm anzuketten. Liebi betont, es handle sich erst um eine Absichtserklärung «vieler höchst erzürneter Mitglieder» des Vereins. Der SVP-Politiker wird an vorderster Front gegen den Abbruch kämpfen, «sofern sich der Widerstand in einigermaßen legalem Rahmen bewegt».

Der Uetliberg-Verein kritisiert, es würden mutwillig Dutzende von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt. Und er erinnert an die Zeit vor der Ära Fry, als der Uetliberg bedeutend weniger attraktiv gewesen sei als heute. Die Bauten abbrechen und mit einer Bewilligung wieder aufbauen - «damit wäre niemandem gedient», ist Liebi überzeugt, «weder Fry und den Arbeitnehmenden noch den Wanderern und Uetliberg-Touristen».

Zwist unter Parteikollegen

Der Uetliberg-Verein fordert den Regierungsrat darum auf, den Abbruchentscheid der Gemeinde Stallikon zu korrigieren. Liebi macht keinen Hehl aus seinem Ärger über die Baudirektion, «die geschlafen hat». Dass er damit seinen

Parteikollegen, Baudirektor Markus Kägi, angreift, kümmert ihn nicht: «Ich schone niemanden.»

Der Gipfel des Uetlibergs gehört nach einem Entscheid des Kantonsrats neu einer Erholungszone an, die mehr Raum zulässt als zuvor die Landwirtschaftszone. Was noch fehlt, ist der Gestaltungsplan, mit dessen Festsetzung die federführende Baudirektion frühestens im Herbst rechnet. Weil Rekurse möglich sind, können noch zwei, drei Jahre verstreichen, bis er in Kraft tritt. Zudem wollen der Kanton, die Stadt Zürich sowie Stallikon und Uitikon mit Fry in einem Nutzungsvertrag regeln, was auf dem Uto Kulm erlaubt sein soll.

Weil es zu lange dauere, bis der Gestaltungsplan feststehe, ärgert sich Liebi, sei Stallikon nichts anderes übrig geblieben, als den Abbruch zu verfügen. Kägi ist anderer Meinung. Ein Versäumnis der Baudirektion stellt er in Abrede. Alle beteiligten Akteure verhandelten seit längerer Zeit über den Entwurf des Gestaltungsplans und des Nutzungsvertrags, sagt er. Der Regierungsrat verfolge das Ziel, die Ansprüche der breiten Öff-

entlichkeit am Uto Kulm zu sichern. «Dieser Weg ist, vom Kantonsrat gutgeheissen, demokratisch legitimiert.»

Fry sitzt im Vereinsvorstand

Im Visier des Uetliberg-Vereins ist auch der Verein Pro Uetliberg und dessen Präsidentin Margrith Gysel, die Fry seit Jahren juristisch bekämpft und die Rückbauverfügung «provoziert» habe. An der Versammlung war die Rede von einer persönlichen Fehde. Gysel weist diesen Vorwurf zurück: «Wir wollen nur sicherstellen, dass gleiches Recht für alle gilt.» Mit den angedrohten Kampfmassnahmen «disqualifiziert sich der Uetliberg-Verein total», findet Gysel. Es zeige sich darin ein «eigenartiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit», dies ausgerechnet bei einem Verein, der in der Hand der SVP sei - jener Partei, die den Rechtsstaat sonst bei jeder Gelegenheit beschwöre. Mit Vizepräsident Fredy Lienhard, Gemeinderat in Uitikon, stellt die SVP in der Tat eine zweite gewichtige Kraft. Und noch ein bekanntes Gesicht gehört dem Verein an, als Beisitzer im Vorstand: Giusep Fry.

Anzeige

Auch im Alter fein essen!
Mit unserem Mahlzeitendienst.



Mehr Informationen:
058 451 50 03 Zürich
058 451 54 25 Winterthur

PRO SENECTUTE
KANTON ZÜRICH

www.zh.pro-senectute.ch

Aufstand der alten SP-Garde

Unverhohlenes Misstrauen und Appelle, im Fall Thanei über die Bücher zu gehen: In der Zürcher SP wächst der Druck auf die Parteispitze.

Von Patrick Kühnis

Zürich - Mitten im Wahlkampf ist die kantonale SP vor allem mit einem beschäftigt: Selbstzerfleischung. Unverblümt hat die abtretende Nationalrätin Christine Goll die gesamte Parteispitze aufgefordert, den Hut zu nehmen. Für die 54-jährige Gewerkschafterin haben Parteipräsident Stefan Feldmann, der Generalsekretär und die Geschäftsleitung «kläglich versagt», weil sie sich nicht genug für Anita Thanei ins Zeug gelegt hätten. Für die Angegriffenen ein «starkes Stück» und schlicht «partei-schädigend» (TA von gestern).

Die SP-Spitze hat die Attacke kaum verdaut, da doppelt Nationalratskollege Andreas Gross bereits nach Golls Rücktrittsforderung sei Ausdruck von viel Ärger, Unbehagen und einem tiefen Malaise innerhalb der Partei, sagte der 60-Jährige gestern. «Präsident und Geschäftsleitung haben in den letzten zwei Jahren mehrmals ungeschickt agiert - und das ist noch diplomatisch ausgedrückt.» In diesem Sinne könne er Golls Zorn gut nachvollziehen. Jetzt sei allerdings nicht der richtige Moment, die Konsequenzen zu ziehen und über die Parteiführung zu diskutieren. «Wenn die Wahlen vorüber sind, ist die Personaldiskussion aber fällig.»

Gleichentags machten in der linken Wochenzeitung «P.S.» weitere Parteigrößen ihrem Ärger Luft. Alt-Nationalrätin Vreni Hubmann, 2007 abgewählt, berichtet, wie sie seit dem 14. Mai ständig den Frust von SP-Wählerinnen und -Wählern über Thaneis Nichtnominierung zu spüren bekomme. Diese fühlten sich «verarscht», weil die Partei sie bevorzugen. «Das höre ich täglich, und ich habe es satt, für Parteibeschlüsse verantwortlich gemacht zu werden.» Mit dem Entscheid, Thanei kaltzustellen, hätten die kantonalen Delegierten der Partei schwer geschadet. Noch haben es diese und die SP-Spitze laut der 67-Jährigen in der Hand, ein Debakel zu verhindern. «Viel Zeit bleibt aber nicht.»

Loepfes Aufruf

Dasselbe fordert der langjährige Stadtzürcher SP-Präsident Koni Loepfe (64), dessen Wort in der Partei weiter Gewicht hat: «Die Delegierten können nur selber auslöffeln, was sie sich und der Partei eingebrockt haben.» Anita Thanei still und leise und ohne formulierte Vorwürfe abzuwählen, sei «politisch stilllos und aus meiner Sicht auch dumm gewesen» - aber von genügend Delegierten gewollt. «Somit war es kein Betriebsunfall, den die Geschäftsleitung in der Hinterstube korrigieren kann.»

Die Partei könne aber an der Delegiertenversammlung im Juli auf die Liste zurückkommen. Es sei keineswegs gesagt, dass es die 56-Jährige im zweiten Anlauf schaffe, so Loepfe. «Aber beim zweiten Mal geht es nicht ohne Auseinandersetzung mit der Person und vor allem der Politik von Anita Thanei.»